

KURZ UND PRÄGNANT

Landesrechnungshof

Mediendarstellungen, dass mit der Novellierung des Thüringer Rechnungshofgesetzes beabsichtigt sei, den Rechnungshof an die Kette zu legen oder disziplinieren zu wollen, hat Bodo Ramelow zurückgewiesen. Auch ist es unzutreffend, dass es einen Zusammenhang zwischen der Fraktionsprüfung und dem vorgelegten Gesetzentwurf gebe. Vielmehr drängt die Linksfraktion seit Jahren darauf, dass die Zulagenprüfung endlich durch den Rechnungshof mit einer Stellungnahme abgeschlossen wird, und Bodo Ramelow würde sich freuen, wenn die nun seit einigen Jahren laufende Prüfung der Landtagsfraktionen zügig zu Ende gebracht wird. Das Übergehen des Vorschlagsrechts zur Rechnungshofbesetzung vom Ministerpräsidenten auf den Landtag ist seit Jahren die Forderung der LINKEN. Bodo Ramelow unterstrich, dass dieser Teil des Gesetzes dringend verändert und dem Verfahren zur Berufung der Verfassungsrichter angeglichen werden muss. Die alles kann nur im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens bearbeitet und verändert werden. Der Rechnungshof, die Landesregierung und alle Fraktionen sind eingeladen, eigene Vorschläge zu unterbreiten, statt mit finsternen Unterstellungen zu operieren. Weitere Informationen zum Thema auf der Internetseite der Fraktion: www.die-linke-thl.de ■

Trinkaus-Ausschuss

Wie nach der letzten Sitzung des Untersuchungsausschusses des Landtags „V-Leute gegen Abgeordnete“ mitgeteilt wurde, hat dieser auf gemeinsamen Antrag seiner Mitglieder weitere Anträge zur Beschaffung notwendiger Unterlagen beschlossen. So werden die Sicherheitsbehörden des Bundes (Bundesinnenministerium, Bundesjustizministerium, Bundesamt für Verfassungsschutz, Bundeskriminalamt, Militärischer Abschirmdienst, Bundesnachrichtendienst und Bundesamt für Justiz) gebeten, dem Untersuchungsausschuss möglicherweise vorhandene Unterlagen zu Kai-Uwe Trinkaus sowie weiteren von ihm genutzten Namen und seinem Umfeld zur Verfügung zu stellen. Seit der Konstituierung seien dem Ausschuss durch die Landesregierung und die Landtagsverwaltung bereits umfangreiche Unterlagen zugeleitet worden, die derzeit von den Ausschussmitgliedern ausgewertet werden, um daraus Erkenntnisse zu gewinnen, weitere Untersuchungsaufträge abzuleiten und mögliche Zeugen zu benennen. Die nächste Sitzung des Untersuchungsausschusses findet am 17. Mai statt. ■

Keine „kalte Abwicklung“ bei Bosch Solar

Antrag jetzt im Landtag/ Solidaritätsadresse LINKER Bundes- und Landespolitiker

Mit einem Antrag „Verhinderung der Schließung des Bosch-Standortes in Arnstadt“ fordern jetzt die Fraktionen der CDU, SPD und DIE LINKE die Landesregierung auf, mit Bosch zu verhandeln.

Unternehmen, Land, Landkreis und Kommunen sollen gemeinsam ein Konzept entwickeln, „das Lösungswege aufzeigt und Arbeitsplätze erhält“. Damit soll der politische Druck auf das Unternehmen und die Bundesregierung erhöht werden, den Standort Arnstadt beziehungsweise die Solarindustrie in Ostdeutschland insgesamt zu erhalten und weiterzuentwickeln. Weiter wollen die Fraktionen die Landesregierung auffordern, die Anti-Dumping-Klage der europäischen Solarindustrie in Brüssel zu unterstützen. Es soll jetzt ein industriepolitischer Dialog mit der Solarindustrie, den Ländern, der Bundesregierung sowie der Europäischen Union zur Zukunft der Solarwirtschaft organisiert werden.

Einem solchen bundesweiten Krisengipfel zur Rettung der Solarbranche hatte der LINKE Fraktionsvorsitzende Bodo Ramelow auf der Pressekonferenz am 9. April bereits die ausdrückliche Unterstützung der Linksfraktion versichert. Er kritisierte die unzureichende Mitbestimmung

der Beschäftigten bei den Konzernentscheidungen von Bosch, „die die Menschen und die Region bezahlen müssen“. Durch die besondere Struktur des Konzerns habe eine Art „Rat der Götter“ viel Macht, die Mitbestimmung sei ausgehebelt. Bosch dürfe sich „nicht einfach sozialplantechnisch aus den Staub machen“, so Bodo Ramelow. Vielmehr müsse mit einer innovativen Produktionsumstellung unter Nutzung auch der Thüringer Forschungskapazitäten um das Solarunternehmen mit seiner Schlüsselposition über das Land hinaus gekämpft werden.

Soli-Mai-Feier in Arnstadt

In diesem Zusammenhang mahnte der Fraktionschef erneut bei der Landesregierung die Vorlage eines komplexen Masterplans für die Energiewende in Thüringen an.

Die Arnstädter Landtagsabgeordnete Sabine Berninger erläuterte geplante Aktivitäten vor Ort: so werde sich der Stadtrat Arnstadt mit dem Thema befassen, die LINKE richte mit Bündnispartnern die diesjährige Feier zum 1. Mai als Solidaritätsveranstaltung mit den Bosch-Beschäftigten und deren Familien aus. Eine „Solidaritätsadresse an die Kolleginnen und Kollegen der Bosch Solar Energy AG in Arnstadt“ haben LINKE Bundes- und Landespolitiker am 17. April veröffentlicht. Das Schreiben trägt die Unterschriften von Bernd Riexinger, Jens Petermann, Klaus Ernst, Ralph Lenkert, Knut Korschewsky, Bodo Ramelow, Martina Renner, Frank Kuschel und Sabine Berninger. In der Solidaritätsadresse heißt es u.a.:

„Die gegenwärtig stattfindende ‘kalte Abwicklung’ bei Bosch Solar Arnstadt, wie sie z.B. durch heimliche Stilllegung der Abteilung Forschung und Entwicklung erfolgt, muss gestoppt werden. Es dürfen nicht schwer zu korrigierende Tatsachen geschaffen werden. Unser Versuch, gemeinsam mit einem Gruppenantrag aller Thüringer Bundestagsabgeordneten ein Rettungsprogramm für die Solarindustrie in Deutschland aufzulegen, ist an der mangelnden Teilnahmereitschaft der Mitglieder anderer Fraktionen gescheitert. Deshalb bringt die Fraktion DIE LINKE im Bundestag den Antrag allein ein.“ Die Bundesregierung wird aufgefordert, „ein kurzfristiges Rettungsprogramm zu installieren, um der Photovoltaikindustrie über die Durststrecke zu helfen“.

Kulturentwicklungsplanung wird Schwerpunktthema

In Vorbereitung auf eine Kulturkonferenz in Berlin Ende Mai traf sich die Ständige Kulturpolitische Konferenz (SKK) der Partei DIE LINKE am 10. April zu einer Sonderberatung in der Thüringer Linksfraktion. Neben der Verständigung zur Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaften und der Fraktionen in den Bundesländern sowie der Beratung des Entwurfs des Bundestagswahlprogramms der Partei wurde die Zusammenkunft der SKK unter den thematischen Schwerpunkt „Kulturförderung“ gestellt.

Dr. Birgit Klaubert, kulturpolitische Sprecherin der Thüringer Linksfraktion, verwies auf die Arbeit der Fraktion für ein Kulturfördergesetz für Thüringen und erläuterte die seit Jahren andauernde Debatte zur Sinnhaftigkeit eines solchen Gesetzes im Thüringer Landtag. Erst im vergangenen Oktober hatte das SPD-geführte Kultusministerium das lange angekündigte Kulturkonzept für den Freistaat veröffentlicht und sich darin klar gegen ein Kulturfördergesetz ausgesprochen.

Doch Birgit Klaubert ist sich sicher, dass zur Bewahrung der reichen Kulturlandschaft Thüringens für nachfolgende Generationen und auch als Anreiz und Unterstützung für neue kreative Impulse aus der Gesellschaft heraus eine andere und vor allem transparente Systematik zur Förderung der Kultur von Nöten ist. „Dann erst kann man gezielt über ein Mehr an Geld im gesamten System sprechen, aber ohne



neue Voraussetzungen verkümmert die Kulturlandschaft unter ihrem Zwang der Freiwilligkeit, weil sie für die klammen Kommunen immer mehr zur Last wird.“ Die Kulturpolitikerin kündigte an, dass ihre Fraktion die Thematik der Kulturentwicklungsplanung in Thüringen, die dann Basis für ein LINKE Kulturfördergesetz sein könne, als Schwerpunktthema ansetzen wolle.

Der Gastreferent der SKK-Beratung, Tobias J. Knoblich, Kulturdirektor der Stadt Erfurt und Vizepräsident der Kulturpolitischen Gesellschaft, stellte das Strategische Kulturkonzept der Stadt Erfurt zur Diskussion und beschäftigte sich mit der Frage, wie man das stetig wachsende Mehr an Kultur sinnvoll bündeln könnte. Er bekräftigte, dass man in der Kulturförderung unbedingt Schwerpunkte setzen müsse. Daher unterstütze er den Ansatz der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, überregionale Kulturentwicklungsplanung der Einreichung eines Gesetzentwurfs

voran zu stellen. Knoblich ermunterte auch die anwesenden Linksfraktionäre aus anderen Bundesländern eine solche Vorgehensweise für die kulturpolitische Arbeit vor Ort zu prüfen.

Die Ständige Kulturpolitische Konferenz als anerkannter Zusammenschluss der Partei DIE LINKE verständigte sich in der anschließenden Diskussion auf weitere Vorgehensweisen auch im Rahmen des Bundestagswahlkampfes und bekräftigte abschließend, dass Kulturpolitik als linkes Thema nicht an den Rand gedrängt werden dürfe. Schließlich sei das Kulturverständnis ein gesamtgesellschaftlicher Anspruch, der viele Themenbereiche und Politikfelder berühre. Auch aus diesem Grund reichte die SKK für das Bundestagswahlprogramm mehrere Änderungsanträge ein, die in der Beratung in Erfurt noch einmal besprochen wurden.

Katinka Mitteldorf

Foto: Annegret Brosemann ■